

Recht vor Macht

Autor(en): **Schneider, Henrique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische
Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **175 (2009)**

Heft 01-02

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-230>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Recht vor Macht

Die schweizerische Militärische Friedensförderung dient verschiedenen Zielen. Zum einen ist sie Teil des Armeeauftrags, zum anderen schafft sie einen Mehrwert für die Sicherheit unseres Landes. Vielfältiger noch, sie steht in der Tradition der Politik der «guten Dienste» und fördert Menschenrechte, Ordnung und Sicherheit.

Henrique Schneider

«Ich bin der Schweiz dankbar! Danke dafür, dass Ihr meine Familie aufgenommen habt. Danke dafür, dass Ihr dafür sorgt, dass die Gewalt hier nicht eskaliert. Die Schweiz ist ein gutes Land»¹. So schön diese Sätze auch sein mögen, sie spiegeln die Meinung eines Konfliktopfers wider und zeigen zugleich auf, welche Dimensionen bewaffnete Auseinandersetzungen haben können: sie greifen Menschen und ihr Eigentum an, sie schränken Familien und Individuen in ihrer Bewegungsfreiheit ein und sie treiben Volksgruppen zur Auswanderung und zum Asyl. Alle diese Folgen sind Verletzungen der wichtigsten Rechtsgüter und Menschenrechte und es liegt im diplomatischen wie auch im sicherheitspolitischen Interesse verschiedener Staaten, wenn nicht schon die Entstehung, dann mindestens die Folgen jener Konflikte zu minimieren. Die Schweiz ist einer dieser Staaten.

Im Folgenden soll dargelegt werden, wie wertvoll die militärische Friedensförderung (Peace Support Operations, PSO) für die Schweiz ist und sie mehr als ein militärisches, ein ganzheitliches Mittel für die Sicherheit unseres Landes darstellt.

Was ist ein Friedensförderungs-Einsatz?

Eine staatspolitische Krise ist ein Zustand, in dem die vorhandenen gesellschaftlich-politischen Strukturen und Mechanismen nicht mehr ausreichen (werden), Konflikte ohne die Anwendung von Gewalt zu lösen. Krieg, Bürgerkrieg oder bewaffnete Kämpfe sind dabei die nächste Stufe. Es ist nicht immer klar, ob Konflikte durch staatliche Intervention, durch kriminelle Netzwerke oder durch nichtstaatliche Institutionen entstehen beziehungsweise ausgefochten werden können. Die letzten Erfahrungen aber zeigen, dass alle diese Gruppen in einem – oft unkoordinierten – Netzwerk operieren. Die

se Netzwerke sind weder örtlich noch informationell beschränkt und können die ganze Welt umspannen. Es zeigt sich als nützlich, solche Zusammenhänge anhand eines konkreten Falles darzustellen.

In der spezifischen Geschichte des Kosovo², wo die Schweiz ihr grösstes Auslandskontingent hat, ist die Vernetzung der vorher genannten Gruppen extrem. Ihr Zusammenhang zeigt vor allem auch auf, dass wichtigste Prozesse neuer Konflikte im Ausland stattfinden können. Wenn die Konfliktführung in drei Hauptprozesse unterteilt werden kann: Kampf, Propaganda und Logistik³, so wurden im Kosovo-Krieg 1999 aber auch davor und danach wesentliche Subprozesse durch Netzwerke im Ausland getragen. Finanzmittel der UÇK/KLA wurden über Europa und die US, aber vor allem über die Schweiz beschafft. Wichtige kosovo-albanische Meinungsmacher waren in der Schweiz positioniert, darunter die Zeitung BOTA SOT (Domizil: Zürich). Zuletzt sind Waffen, Munition, Nahrungsmittel, Kommunikationsmittel und vieles mehr ausserhalb des Kosovo beschafft worden.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Zum einen gibt es eine grosse Anzahl stark vernetzter «Expatriates» mit Interessen vor Ort. Zum anderen fehlt bei unkonventionellen Konflikten die Verpflichtung zu einem transparenten, reglementierten Beschaffungsweg oder zu einem festen Prozess. Doch vermutlich die wichtigste Erklärung ist, dass es am einfachsten ist, sich in der Gruppe, wo auch immer sie ist, zu organisieren. Doch weil Netzwerke unabhängig ihres Ziels bestehen, oder besser, sich ständig an die vorhandenen Herausforderungen anpassen, nehmen sie nach dem Konflikt andere Aufgaben wahr.

In diesem Sinne haben die Gruppen, welche damals die UÇK unterstützt haben und dann für die Unabhängigkeit des Kosovo mobilisierten, nicht aufgehört zu existieren. Sie artikulieren sich lediglich anders als damals. Vordergründig sind

nun die Behauptung der Unabhängigkeit sowie der Wirtschaftsaufbau und die Lösung der innerstaatlichen Spannungen, darunter auch jener Spannungen innerhalb des Netzwerkes. Die Kontakte über die Grenze, der Kommunikationsaustausch und vor allem die Geldremissionen nehmen heute eher zu. In diesem Umfeld finden friedenserhaltende Einsätze statt.

Die politisch-militärische Seite

In den Schriftstücken zur Doktrin der Schweizer Armee, von der Grundschulung bis hin zur strategischen Führung, wird angenommen, dass Konflikte im Ausland sehr wahrscheinlich sind aber wenige Auswirkungen im Inland haben⁴. Im Lichte des letzten Abschnitts ist diese Einschätzung mindestens fragwürdig, wenn nicht falsch. Der Schweizerische Gesetzgeber scheint ebenfalls anderer Meinung zu sein, wenn er der Armee explizit den Auftrag zur Friedensförderung gibt.

Die militärische Friedensförderung ist vornehmlich darauf ausgerichtet, Beiträge zur Krisen- und Konfliktprävention zu leisten, mit militärischen Mitteln und Know-how zur Schaffung von Sicherheit und zur Durchsetzung von Konfliktregelungen beizutragen sowie in der Konfliktnachsorge und im Wiederaufbau Leistungen zur nachhaltigen Stabilitätsbildung und Selbstverantwortung zu erbringen.

In den Anstrengungen zur Konfliktverhütung und Krisenprävention konzentrieren sich die militärischen Beiträge auf das Einbringen militärischer Expertisen in Verhandlungen, auf Verifikationseinsätze bezüglich der Einhaltung bestehender Abkommen und Vereinbarungen sowie auf Einsätze von Militärbeobachtern zugunsten internationaler Organisationen (UNO, OSZE).

Während eines offenen Konflikts dienen Friedensförderungsbeiträge der Krisenbewältigung, Reduktion der Gewaltanwendung und tragen zu einer möglichst raschen Beendigung der militärischen Kon-

frontation bei. Nach Beendigung von Kampfhandlungen, dem Abschluss von Waffenstillstandsvereinbarungen sowie nach Vorliegen eines Mandats der UNO oder OSZE kann die Schweizer Armee Beiträge zu friedenserhaltenden Operationen leisten, sofern diese der Strategie des Bundesrates sowie den Vorgaben von Militärgesetz und Parlament entsprechen.

Moderne Konfliktnachsorge ist auf Nachhaltigkeit und Entwicklungsperspektive ausgerichtet. Der Konfliktnachsorge und dem Wiederaufbau im umfassenden Sinne kommt im Rahmen des Nation Building eine erhebliche und zunehmende Bedeutung zu. Obschon der zivilen Friedensförderung in dieser Phase die Leadrolle zukommt, vermag die Armee auch hier wertvolle Beiträge zu leisten. Im Rahmen der Defence Diplomacy trägt sie mit der Regionalen Militärischen Kooperation bei, gezielte Projekte in den Bereichen Abrüstung, Reform des Sicherheitssektors (SSR), dem Aufbau von verlässlichen militärischen Strukturen und Institutionen umzusetzen sowie die Schaffung eigener Kapazitäten der Friedensförderung zu unterstützen.

Das Dilemma der Schweiz bezüglich des Stellenwertes der PSO Einsätze wird am besten an deren Koordinationsstelle veranschaulicht. Das Kompetenzzentrum SWISSINT ist mit der operationellen Durchführung der meisten PSO Einsätze betraut. Auf der einen Seite ist das internationale Engagement notwendig und entspricht einem Auftrag der Armee, auf der anderen Seite wird das Kompetenzzentrum von einer Instanz im Range eines – international freilich hoch angesehenen und absolut herausragenden – Obersten geführt. Im multinationalen und diplomatischen Umfeld sind ähnliche Stellen in der Regel mit einem 2 oder 3 Sterne General besetzt.

Schon alleine dieses Missverhältnis zeigt auf, wie weit die Armee von ihrem Auftrag entfernt zu sein scheint. Ebenso scheut sich die Politik davor, das PSO Engagement in voller Gewichtung zu durchdenken. Doch der Nutzen für die Schweiz ist enorm.

Der Nutzen für die Schweiz

Korrelationen sind gefährlich, vor allem, wenn sie instrumentalisiert werden können. Und sie können es immer. Und dennoch bergen sie ein Potential, gewisse Hinweise geben zu können. Nach dem Kosovo-Konflikt 1999 erreichten ver-

schiedene «Asylwellen» die Schweiz. Zur gleichen Zeit und parallel zur steigenden Anzahl von Asylanten, erhöhten sich auch die Ergebnisse diverser Kriminalitätsstatistiken dramatisch, darunter jene für Kleindelikte und Überfälle. Interessanterweise passierten diese Ereignisse nicht nur zeitlich, sondern auch räumlich parallel¹.

Die Entwicklung der letzten Jahre ist – bis auf die Unabhängigkeit des Kosovo – nicht aufsehenerregend. Mittlerweile zählt die UN den Raum «Balkan» zum sichersten der Welt². Ist das ein Grund, die PSO Einsätze in Bosnien und Kosovo zu beenden? Wohl kaum. Denn die OSZE ihrerseits verzeichnet derzeit das grösste Potential für Instabilität genau dort³. Instabilitäten in Südosteuropa übertragen sich nicht nur auf Mitteleuropa: sie werden dort gelebt. Es ist damit zu rechnen, dass lokale Konflikte, Abrechnungen innerhalb der organisierten Kriminalität oder auch politische Bewegungen innerhalb oben angesprochener Netzwerke in der Schweiz entstehen, zum Teil mitkoordiniert oder ausgetragen werden. Es liegt im nationalen Interesse der Schweiz, solchen Entwicklungen im Inland und Ausland vorzubeugen. Im Inland geschieht dies durch polizeiliche Prävention, im Ausland unter anderem mit PSO Einsätzen. Insofern, sind friedenserhaltende Operationen in Südosteuropa mehr als Auslandseinsätze; sind fördern unsere Stabilität und unseren Frieden im schweizerischen Inland. Dieser Nutzen ist auszubauen.

Doch ein weiterer kommt dazu: die Wahrnehmung der Schweiz auf diplomatischem Parkett ist positiver. Eine Schweiz, die sich im Ausland engagiert und aktiv für Frieden und Menschenrechte einsteht, trägt zur internationalen Gemeinschaft Grosses bei. Und wer beiträgt, kann auch fordern. In einem «quid pro quo» System dürfte es der Schweiz viel leichter fallen, ihre Besonderheiten international zu verankern, wenn sie ihre Bereitschaft zeigt, sich dort zu beteiligen, wo es schwierig ist.

Auch unsere Wirtschaft kann davon profitieren. Schweizer Konzerne – grosse Vorreiter der Globalisierung – sind im Osten Europas aktiv. Auch sie haben ein legitimes Interesse an einer stabilen Region. Dort, wo man sieht, dass Schweizer Soldaten für Ruhe und Sicherheit sorgen und Schweizer Unternehmungen in die Zukunft investieren, ist man der Schweiz gegenüber geneigter. Und hier schliesst sich der Kreis. Wirtschaft, Militär und Politik haben alle einen grossen Nutzen von

den PSO Einsätzen; die Summe der Nutzen aller hat die Schweizerische innere Sicherheit.

Was bleibt?

Wie Botschafter Thomas Greminger betonte⁸, kann die Schweiz keine Machtpolitik betreiben. Aber sie kann sich auf das Recht stützen und an seiner Weiterentwicklung teilhaben. Und sie kann in relevanten Bereichen auf das internationale Geschehen Einfluss nehmen. Die Schweiz hat nur dann eine Chance für Frieden und Menschenrechte etwas zu bewirken, wenn sie sich als nützliche Akteurin positionieren kann, wenn sie neue Ideen, kompetente Experten, eigene Erfahrungen einbringen oder in multilateralen Organisationen oder Netzwerken arbeiten kann.

Die Friedenspolitik ist ein wichtiges Element der schweizerischen Aussenpolitik. Sie ist in der Verfassung verankert und zählt zu den fünf aussenpolitischen Zielen des Bundes. Die Schweiz knüpft damit an eine lange humanitäre Tradition und an die «Politik der Guten Dienste» an und will sich international als ehrliche Vermittlerin ohne versteckte Interessen einbringen. Die typische win-win Situation mutiert zu einer «multiple-win»-Lage: wenn die Schweiz wie gewohnt mit PSO Einsätzen für den Vorrang des Rechtes vor der Macht aktiv eintritt, gewinnen alle, vor allem die Schweizer Bevölkerung. ■

- 1 Spontanes Statement eines Kosovo-Serben dem Autor gegenüber am 21.1.2008.
- 2 Gute Gesamtdarstellungen sind Judah, T. 2002. Kosovo: War and Revenge. Yale University Press und Cambell, G. 2000. Road to Kosovo: A Balkan Diary. Basic Books.
- 3 US Defense and Military Strategy Handbook, International Business Publications, USA; 1 edition (September 9, 2008) im Druck; Kapitel 3.3.4.
- 4 So beispielsweise in der Grundschulung, 2007, S. 11.
- 5 Angaben des Bundesamtes für Migration sowie des Bundesamtes für Statistik.
- 6 Security Sector Reform in South East Europe – from a Necessary Remedy to a Global Concept; H. Felberbauer (Hrsg.) 2007.
- 7 ebd.
- 8 Botschafter Thomas Greminger in: «eine Entwicklungspolitik» 21-2006.



Prof. Dr.
Henrique Schneider
Analyst und Consultant
in Wien
A-2000 Stockerau